

## EIN WEITERES ENDZEITZEICHEN IST DIE INFLATION (MATTH. 24,7)

Was zu befürchten war, ist nunmehr eingetreten: Es geht um die EU-Schuldenvergemeinschaftung. Denn mittlerweile sind die meisten der bisher vom Bundesverfassungsgericht gezogenen „roten Linien“ gegen eine solche Schuldenvergemeinschaftung von der EU-Bürokratie überschritten worden. Angesichts der sehr unterschiedlichen Bonitäten (Kreditwürdigkeit) der verschiedenen EU-Mitgliedstaaten sah das Bundesverfassungsgericht die Sicherheit der Ersparnisse der Bundesbürger im Falle einer Schuldenvergemeinschaftung als gefährdet an. Dies – so der Tenor des Urteils in Kurzform – laufe dem grundgesetzlich garantierten Eigentumsrecht zuwider, weshalb eine Schuldenvergemeinschaftung abzulehnen sei, zumal die Maastricht-Verträge bei Gründung der Währungsunion eine solche Schuldenvergemeinschaftung expressis verbis ausgeschlossen haben.

Dessen ungeachtet beklagten schon recht bald namhafte Professoren, daß der Schutz deutscher Ersparnisse und eine Währungsstabilität auf D-Mark-Niveau durch die Verträge nicht ausreichend gewährleistet seien. Das von ihnen angerufene Verfassungsgericht folgte jedoch eher den politischen Vorgaben unter der zusätzlichen Bedingung, daß eine Schuldenvergemeinschaftung ausdrücklich ausgeschlossen werden müsse. Genau diese „rote Linie“ wurde jetzt endgültig mit dem 750 Milliarden Euro umfassenden „Green Deal“, für den bis jetzt über 300 Milliarden Euro Schulden aufgenommen werden mußten, überschritten.

Damit ist eigentlich die Geschäftsgrundlage der vorerwähnten Maastricht-Verträge entfallen bzw. unterlaufen. Die Realität wird zeigen, daß dies völlig unerheblich geworden ist und daß

sämtliche Regelübertretungen der EU rechtlich ungesühnt bleiben werden. Insofern ist der von der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen heftig proklamierte „Green Deal“ als Sündenfall und Dammbbruch anzusehen, um damit den Zusammenhalt der europäischen Gemeinschaft wohlgerne auf Kosten der deutschen Sparer und Steuerzahler zu erhalten! In der späteren Geschichtsschreibung dürfte man diese Entwicklung auch als Auslöser für viele weitere problematische Entwicklungen innerhalb Europas verantwortlich machen. Damit wird der Begriff „Geldwertstabilität“ zur Makulatur und damit der Wert der Euro-Ersparnisse fragwürdiger denn je. Denn inzwischen hat die Geldentwertungsrate mit 6 Prozent einen Höchststand erreicht.

In Europa stehen die Regierungen und die Europäische Zentralbank diesem letztlich selbst verursachten Phänomen hilflos gegenüber. In der EZB schreckt man vor einem Anziehen der Geldpolitik zurück, weil die dann zu erwartenden Zinssteigerungen die Haushalte der hochverschuldeten Staaten, wie Italien, Griechenland, Spanien, Portugal, Ungarn etc, mittelfristig ins Wanken bringen könnten. Um für zumindest Teile der Bürger die schon jetzt eingetretenen Preissteigerungen beispielsweise im Energiebereich tragbar zu halten, hilft man in vielen europäischen Hauptstädten bereits mit Einmalhilfen und „Gutscheinen“ aus. Eine nachhaltige Problemlösung auch angesichts der Energiekrise durch Rußlands Einmarsch in die Ukraine ist dies alles allerdings nicht. Damit bleibt die Preisstabilität akut gefährdet.

*Klaus Mosche Pülz*